

Südbahn.

(Generalversammlung.)

Unter dem Vorhitz des Präsidenten Dr. Freiherrn v. Eger fand heute die ordentliche Generalversammlung der Südbahngesellschaft statt. Als Regierungsvertreter fungierte der landesfürstliche Kommissär Ministerialrat Dr. Müller-Martini. Der Vorsitzende teilte mit, daß im Einvernehmen mit der Regierung von der Publikation der Einberufung der Generalversammlung in London und Paris abgesehen wurde. Depontiert wurden von 415 Aktionären 365.235 Aktien, die 7633 Stimmen vertreten. Anwesend sind bei Beginn der Generalversammlung 113 Aktionäre, die 170.258 Aktien mit 2988 Stimmen vertreten. Zum Schriftführer wurde Notar Dr. Edmund Sundeifinger bestellt, zu Sekretoren die Herren Direktor Sigmund Böwly und Direktor Josef Spitalstih.

Vorsitzender Präsident Dr. Freiherr v. Eger gedenkt in warmen Worten des verewigten Kaisers Franz Joseph I. und der Thronbesteigung des Kaisers Karl.

Die Debatte.

Von der Verlesung des Geschäftsberichts wird Umgang genommen. In Eröffnung der Debatte führte der Vorsitzende aus, daß der Krieg für die Südbahn keine Konjunktur war und ist. Das ungünstige Resultat des abgelaufenen Jahres finde seine Erklärung darin, daß trotz des gesteigerten Verkehrs die Einnahmen nicht in gleichem Maße gestiegen sind, da der Zivilverkehr stagnierte, der Militärverkehr, der zu niedrigeren Tarifen bewerkstelligt werde, einen kolossalen Aufschwung genommen habe. Andererseits sei es nicht möglich gewesen, zumal angesichts des schwachen Verkehrs die Grundsätze der Betriebsökonomie nicht durchgeführt werden konnten, die Ausgaben für Materialien ins Ungemessene gestiegen sind, auch die Personalausgaben gestiegen sind. Der Präsident führt dann aus, wie die Tarifierhöhung durchgeführt wurde und teilt mit, daß die ersten Monate dieses Jahres gleichfalls ungünstig gewesen seien, da die Ausgaben weiter steigen, die Einnahmen stagnieren und weitere Ausgaben für Besserstellung des Personals zu erwarten sind. Gleichwohl wolle Redner die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Südbahn, die schon so viele Krisen überstanden habe, auch diese Krise überstehen werde, daß die Südbahn bei Wiederkehr normaler Verhältnisse durch Anwendung aller Kraft des Verwaltungsrates und mit Unterstützung der Regierung einer besseren Zukunft entgegengehen werde.

Aktionär Steiniger bespricht eingehend die Lage der Südbahn.

Aktionär Dr. Siegfried Reich stellt im Namen des Ingenieurs Lauber eine Reihe von Fragen.

Aktionär Ivan v. Hofmannsthal schließt sich namens des österreichischen Aktionärvereins den Ausführungen des Aktionärs Steiniger an.

Erklärungen des Vorsitzenden.

Vorsitzender Dr. Freiherr v. Eger führt in Beantwortung der Anfragen des Dr. Reich u. a. aus:

Auf Grund des § 70 der Eisenbahnbetriebsordnung haben wir bereits in wiederholten an das Kriegsministerium gerichteten Eingaben unsere Entschädigungsansprüche erhoben. Selbstverständlich konnten diese Eingaben nur provisorische Bezifferungen enthalten und sind die vorläufig gestellten Ersatzansprüche unter den notwendigen Vorbehalten erhoben worden. Wir bemerken übrigens, daß wir uns vorbehalten, ganz abgesehen von dem § 70 der E.-B.-O., auch aus anderen gleichfalls mit dem Kriegszustand zusammenhängenden Titeln Entschädigungen zu verlangen. Im Hinblick auf die mit den maßgebenden Stellen im Gegenstand noch zu pflegenden Verhandlungen halten wir es als nicht im Interesse der Gesellschaft gelegen, uns über die ziffermäßige Höhe unserer Ansprüche schon jetzt irgendwie näher zu äußern.

Wir werden beim nächsten geeigneten Anlaß zu erfahren trachten, welchen Standpunkt die maßgebenden Faktoren in der Verstaatlichungsfrage einnehmen. Jedemfalls werden wir bemüht sein, vor Inangriffnahme größerer Investitionen für den Verstaatlichungsfall die Regelung der Frage einer besonderen Vergütung für jene Investitionen zu erwirken, die innerhalb einer der Verstaatlichung so nahe vorgelegenen Zeit durchgeführt werden sollten, daß ihre volle Ausnützung unserer Gesellschaft nicht mehr möglich wäre. Daß der für Investitionen aufgewendete Betrag dem Anlagekapital zugerechnet wird, erscheint wohl selbstverständlich.

Unsere Vorräte sind der Hauptsache nach bei der Oesterreichischen Kreditanstalt für Handel und Gewerbe, bei der Allgemeinen Oesterreichischen Bodenkreditanstalt, bei der Anglo-Oesterreichischen Bank und bei deutschen Bankinstituten zu den im Kontokorrentverkehr üblichen Zinssätzen angelegt.

Was die neue 4% prozentige Anleihe betrifft, die bekanntlich auf Frank oder Mark zu lauten haben wird, so können wir die Ansicht, daß für ihre Begebung jetzt der günstigste Zeitpunkt wäre, im Hinblick auf die gegenwärtigen Valutaverhältnisse nicht teilen. Wir werden es uns aber an-

gelegen sein lassen, den für die Begebung geeigneten Zeitpunkt rechtzeitig wahrzunehmen. Ein unmittelbares Bedürfnis zur sofortigen Begebung liegt keinesfalls vor, da die aus dem Erlös zu bestreitenden Investitionen jetzt wegen der Schwierigkeiten der Materialbeschaffung und des Arbeitermangels kaum ausgeführt werden könnten und jedenfalls unverhältnismäßig hoch zu stehen kämen. Die gänzliche oder teilweise Begebung des Investitionsanlehens, ohne daß die Investitionen, für die der Erlös bestimmt ist, in nächster Zeit ausgeführt werden, würde uns mit einem Zinsenerfordernis für den Anleihenbienst belasten, das jedenfalls wesentlich größer wäre als die Zinsen, die wir für eine vorübergehende Veranlagung des Anleihenbienstes im Kontokorrentverkehr erzielen könnten.

Aus dem Titel der Kosten der Sanierungsaktion ist die Jahresrechnung pro 1916 mit einem Betrage von rund 70.000 Kronen belastet. Die Hauptbelastung hat bekanntlich die Jahresrechnung pro 1915 getroffen. Darunter insbesondere die staatlichen Gebühren von rund 2,5 Millionen Kronen.

Wir haben unsere Sorgen und unsere Hoffnungen im Geschäftsbericht mit aller Offenheit zum Ausdruck gebracht und können in Beantwortung der Anfrage nach den Aussichten nur auf unsere dort veröffentlichten Ausführungen hinweisen.

(Schluß im Morgenblatt.)